

September 2025

Endlich Neustart in der deutschen Energiepolitik angehen!

Jüngst erlaubte das EU-Gericht das Klimasiegel für Atomkraft und Erdgas und gab damit einer Klage von Österreich statt. Entschieden wurde, dass Atomkraft und Erdgas in der EU als nachhaltig eingestuft werden dürfen. Es ist ein Urteil, das die energiepolitische Debatte in Deutschland in neuem Licht erscheinen lässt. Es bietet darüber hinaus den perfekten Zeitpunkt, um einen Kurswechsel in der deutschen Energiepolitik vorzunehmen: Zurück zu Technologieoffenheit, Entscheidungsoffenheit und zu einer Politik, die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen übernimmt!

Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz müssen in Einklang gebracht werden. Der Junge Wirtschaftsrat fordert daher:

1. **Technologieoffenheit statt Verbotsideologie!**

Deutschland muss alle verfügbaren Energietechnologien prüfen und nutzen, anstatt Lösungen durch ideologische Verbote von vornherein auszuschließen.

2. **Faktenbasierte Energiepolitik statt „alternativer“ Entscheidungen!**

Entscheidungen müssen auf wissenschaftlichen und ökonomischen Grundlagen beruhen, nicht auf Angst, Symbolik oder kurzfristigem parteipolitischen Kalkül.

3. **Verlässliche Versorgung statt Abhängigkeit und Preisexplosion!**

Nur mit stabiler Grundlast, wettbewerbsfähigen Preisen und europäischer Kooperation bleibt Deutschland ein sicherer, innovativer und attraktiver Wirtschaftsstandort.

Noch vor wenigen Jahren verfügte Deutschland über einige der sichersten Kernkraftwerke weltweit. In einem Land, das kaum von Naturkatastrophen bedroht ist, hätte Kernenergie eine stabile Brücke in die Energiewende sein können. Doch nach Fukushima wurde der Atomausstieg beschlossen, getrieben von Angst und politischem Kalkül. Unter der Ampel-Regierung erfolgte schließlich die endgültige Abschaltung der letzten drei Anlagen, obwohl massive Zweifel an der Notwendigkeit bestanden.

Die Folgen sind heute für alle spürbar. Um Versorgungslücken zu schließen, mussten Kohlekraftwerke reaktiviert und teure Energieimporte nur im Jahr 2023 im Wert von 0,7 Milliarden Euro eingekauft werden. Ein deutlicher Wandel: Nach Jahren als Stromexporteur.

Deutschland ist Netto-Stromimporteur geworden, während Nachbarländer mit Kernenergie günstiger und klimafreundlicher produzieren.

Besonders deutlich wird dies beim Blick auf den Strommix und die CO₂-Bilanz: In Deutschland lag die CO₂-Intensität der Stromerzeugung 2023 bei etwa 380 g CO₂/kWh, in Frankreich, geprägt von Kernenergie und Wasserkraft, dagegen bei nur 56 g CO₂/kWh. Der CO₂-Ausstoß unserer Stromerzeugung liegt inzwischen um ein Vielfaches (8,9 t / Kopf/Jahr) über dem französischen Niveau (5,8 t / Kopf/Jahr). Gleichzeitig haben Verbraucher und Unternehmen mit Rekordpreisen zu kämpfen, Deutschland ist heute Strompreis-Spitzenreiter in Europa. In Deutschland gehört der Faktor „Energiepreis“ zu den drei am schlechtesten bewerteten Standortfaktoren.

Diese Politik hat nicht nur die Energieunabhängigkeit geschwächt, sondern auch die Planbarkeit, Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit massiv untergraben. Damit werden ausgerechnet jene belastet, die die Folgen am längsten tragen müssen: die jungen Generationen.

Aus diesen Fehlern muss eine klare Lehre gezogen werden: Deutschland braucht eine Öffnung für Zukunftstechnologien. Atomkraft muss als Brückentechnologie neu bewertet, die Forschung an SMRs und Fusion entschlossen gefördert und die europäische Kooperation im Energiemarkt gestärkt werden. Deutschlands Energieproblem ist nicht nur eine Frage von Kosten, sondern eine Frage der Verantwortung. Energiepolitik darf nicht länger Spielball kurzfristiger Parteipolitik sein. Sie ist das Fundament unserer sozialen und wirtschaftlichen Existenz. Wer aus den spürbaren Fehlern der Vergangenheit nicht lernt, schwächt das Land genau dann, wenn es Stärke braucht.